

grünes blatt



Kyoto-Protokoll - neoliberale Luft

Neoliberalismus bezeichnet eine Modernisierung und Verschärfung von Verwertungslogik. Innerhalb weniger Jahre sind wesentliche bisher dem Staatshandeln (Verordnungen, Gesetze) und der Privatsphäre zugeordnete Bereiche marktwirtschaftlichen Logiken, vor allem der totalen Verwertung zum Zwecke des Profits unterworfen worden. Besonders markante Prozesse sind:

- ✦ Die sogenannten "Patente auf Leben", also die Zuordnung von Rechten auf Gene, in deren Folge deren Verwertung zwecks Profit möglich ist. -Die Zuschreibung bisher eigentumsloser Flächen, Wasservorräte usw. an Konzerne zum Zwecke derer Verwertung.
- ✦ Die totale Durchdringung sozialer Sicherungssysteme, Gesundheitspolitik usw. nach privatwirtschaftlichen, d.h. der Verwertung und dem Profit unterworfenen Logiken.

Seit ca. 1990 gehören UmweltschützerInnen zu den ProtagonistInnen dieser Vermarktlichung der Welt. Stück für Stück, ab ca. 1994 dann in rasantem Tempo, wichen sie von der bisherigen, meist auch nur vorsichtig formulierten Kritik an Markt und Konzernen ab und erkannten plötzlich in ihnen die möglichen RetterInnen der Umwelt.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Aus dem Inhalt:

"Sieben Linden" Seite 6

Haftpflicht für AKWs Seite 6

Kopiervorlagen Seite 7/8

Indymedia Seite 9

Erlebnisbericht Seite 12

Inhaltsverzeichnis

Kyoto-Protokoll - neoliberale Luft	Seite 1
Inhalt und Impressum	Seite 2
Fortsetzung: Kyoto-Protokoll - neoliberale Luft	Seite 3
"Sieben Linden"	Seite 6
Haftpflicht für AKWs	Seite 6
Kopiervorlage Unterschriftenliste	Seite 7/8
Indymedia	Seite 9
Fortsetzung Indymedia	Seite 10
Termine, Veranstaltungen und Aktionen	Seite 11
Adressen	Seite 11
Erlebnisbericht "Neckarwestheim"	Seite 12



Impressum:

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Herausgeber:

Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Tel. + Fax: 0391/5433861
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg

Spendenkonto:
Sparda Bank Berlin eG
KNr.: 810 20 66
BLZ: 120 965 97

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Ökozentrum und -institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb,
V.i.S.d.P.), Martin Gietl (maq), Thomas
Hellwig (th), David Lähnemann (dal), Olaf
Prellwitz (witz), Katrin Risch (kr), Bettina In

der Wische (biw)

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv, Greenpeace,
http://de.indymedia.org, www.x1000malquer.de

Grafiken:

Umweltschnippel Bilderbuch, Politisches
Schnippel Bilderbuch

Satz und Layout:

David Lähnemann

Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das
Umweltamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluß war der 16. Juni 2000.

Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.

Nächste Ausgabe: 3-2001

Redaktionsschluss: 21.09.2001

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der
Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden
Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige
MitarbeiterInnen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit
der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers
übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen
Erstattung der Portokosten (3,- DM) bei Greenkids
Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf
www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
www.oezim.here.de



Mitglied in der FJP



**FREIE JUGEND
PRESSE**
Sachsen-Anhalt e.V.
Arbeitsgemeinschaft junger Medienmacher

Rechtlich abgesichertes Treibhaus

(Fortsetzung von Seite 1)

Heute, nachdem marktwirtschaftliche Konzepte ein Jahrzehnt in der Debatte sind, ist kaum noch eine Umweltschutzdebatte erkennbar, die nicht den Markt und seine Instrumente als Königsweg zur Rettung der Umwelt vorschlagen. Woher der Optimismus rührt, ist nicht erkennbar. Zweifelsfrei aber gibt es für die UmweltschützerInnen und ihre Organisationen einen Vorteil: Der Schulterschuß mit den Konzernen hat das Spendenaufkommen drastisch erhöht - und so mancher "Öko" kann direkt von einem Posten in einer Umweltschutzorganisation in Spitzenpositionen der privaten Wirtschaft wechseln.

Da die aggressive Art, wie UmweltschützerInnen mehr Marktwirtschaft fordern und deren Instrumente auf die Verwertung der Umwelt ausdehnen, dazu führt, daß bisher nicht vermarktete Bereiche nun der Verwertung anheimfallen, läßt sich als um-fassende Begrifflichkeit das Wort Ökoneoliberalismus einführen. Es bezeichnet die Aktivitäten, die die Umwelt zu etwas machen, was mensch kaufen und verkaufen kann - immer zum Vorteil derer, die am meisten Geld haben. Die von Umweltschutzseite immer wieder benannte Formulierung, Umwelt müsse "ihren wahren Preis" bekommen, ist noch nicht einmal eine Verschleierung - denn was einen Preis hat, findet sich dann in der Spirale des Kaufens und Verkaufens, der Verwertung wieder.

Kyoto: Die Luft zur Ware machen

Luft ist nicht so einfach direkt zu verwerten, weil sie nicht greifbar ist. Luft kann, zumindest zur Zeit, noch nicht dingfest gemacht werden. Sie ist (fast) überall in der Biosphäre, und ihre Nutzung kann nicht so kontrolliert werden wie z.B. beim Wasser. Eigentlich gäbe es auch überall Wasser, aber es muß mit technischem Aufwand gewonnen werden (Brunnen u.ä.). Das ist verregelt und wird meist ganz unterbunden. So soll gewährleistet sein, daß aller "Verbrauch" von Wasser über den Markt läuft, d.h. daß Profit und die Abschöpfung des Mehrwertes durch Konzerne und Staat möglich sind. Selbstorganisation und Subsistenz werden gezielt verhindert.

Diese Möglichkeit fehlt bei der Luft. Daher haben sich die ArchitektInnen des totalen Marktes (Neoliberalismus) im Zuge der Klimaschutzverhandlungen etwas Cleveres einfallen lassen: Nicht die Luft selbst soll vermarktet werden, sondern das Recht, sie zu verschmutzen. Im Kyoto-Protokoll geht es um treibhauswirksame Gase, allen voran



das CO₂, aber auch noch andere. Gemessen wird alles in CO₂-Äquivalenten.

Als Rahmen wird ein Gesamtziel benannt: Die Industrienationen (einschließlich der Länder des ehemaligen Ostblocks) sollen im nächsten Jahrzehnt ihren Ausstoß um 5,2 Prozent verringern. Schon diese Zahl wirkt peinlich, haben doch selbst offizielle Stellen der UN festgestellt, daß eine Verringerung um 60 oder gar 80 Prozent notwendig wäre. Alle anderen Länder können zudem ihren Ausstoß zunächst beliebig erhöhen - was vor allem bei den Ländern erhebliche Mehrbelastungen bringen dürfte, die in den letzten Jahren durch maximale Industrialisierung versucht haben, den Anschluß an die Industrieländer zu schaffen - und dabei, oft unter dem Druck der reichen Länder und ihrer Knebelorganisationen wie WTO oder Weltbank, krasse Ausbeutungsverhältnisse der Menschen sowie Zerstörungen der Umwelt eiskalt in Kauf genommen haben.

Insofern könnte mensch das Kyoto-Protokoll schon an dieser Stelle zuklappen

und achselzuckend feststellen: Mal wieder nur heiße Luft.

Aber bei genauerem Hinsehen wird das Bild noch schlimmer. Kyoto wird zwei Folgen haben:

1. Die Zerstörung des Klimas mittels Treibhausgasen wird nicht nur nicht ver-

ringert, sondern verschlimmert. Das Ganze bekommt jetzt aber einen rechtlich abgesicherten Rahmen - eine Situation also, die ähnlicher "Nonsens" ist wie der sogenannte Atomausstieg in Deutschland.

2. Mit dem Kyoto-Protokoll werden die Voraussetzungen für eine Vermarktung der Luft geschaffen. Diese wird nicht mehr länger allen gehören, sondern das Recht, Luft zu belasten, wird kauf- und verkaufbar - und damit z.B. akkumulierbar, d.h. das Recht auf Luftbelastung wird Stück für Stück in die Hand weniger übergehen, eben der zahlungskräftigsten und durchsetzungsstärksten Konzerne.

Rechtlich abgesichertes Treibhaus

Das Kyoto-Protokoll wird höchstens gegenüber einem maßlosen weiteren Wirtschaftswachstum einen Vorteil bringen (was aber nicht einmal sicher ist), viele Mechanismen sorgen dafür, daß gegenüber der heutigen Situation selbst dann eine

Kyoto: Die Luft zur

deutliche Verschlechterung der Lage eintreten wird, wenn (was unwahrscheinlich ist!) das Ziel erreicht wird (also die 5,2% Senkung). Das hat folgende Gründe:

- Teil des Kyoto-Protokolls ist die Möglichkeit, Emissionsrechte zu handeln. Berechnungsgrundlage ist das Jahr 1990. Das ist geschickt gewählt, denn es liegt unmittelbar vor dem Zusammenbruch vieler Industrien in Osteuropa und den Ex-Sowjetunion-Staaten. Die Ausgangsgröße ist also sehr hoch angesetzt. Die Ex-Ostblock-Staaten haben kaum eine Chance, ihre Kontingente auszufüllen. Sie können aber die überschüssigen Emissionsmengenrechte verkaufen. Und das werden sie tun - der Verwertungslogik folgend, daß nicht ungenutzt bleiben wird, was Geld bringt. Damit werden Emissionsrechte ausgeschöpft, die sonst brachliegen würden. Die EU, Japan und die USA werden ihre Zusagen nicht (nur) durch Klimaschutzmaßnahmen sondern durch Einkauf der Emissionsrechte z.B. aus Russland oder (schlau, schlau) eine Osterweiterung der EU erreichen. Vermutlich wegen dieser Chance hat die EU auch darauf bestanden, eine gemeinsame Menge zu erhalten und die intern zu verteilen. Mit jedem neuen osteuropäischen Land wird das einfacher.

- ♣ Die marktwirtschaftliche Logik wird dazu führen, daß alle Emissionsrechte bis zum Anschlag genutzt oder aber verkauft werden. Freiwillige Leistungen sind nicht mehr zu erwarten, wo der Markt alles beeinflusst.
- ♣ Ähnliches gilt für die sogenannten "Senken", die im Kyoto-Protokoll vorgesehen sind. Sie

bezeichnen z.B. Aufforstungen, die CO₂ binden und so den CO₂-Gehalt verringern sollen. Das ist schon fachlich fraglich. Wälder binden genauso viel CO₂, wie wieder bei der Verrottung und einem Brand verloren geht. Das CO₂ ist also nur vorübergehend im Wald gebunden. Dauerhafte Bindung erfolgt nur dann, wenn Verrottung unterbleibt - z.B. bei der Entstehung von Kohle, Torf, Erdöl und -gas oder Moore und Dauerfrostböden. Genau diese gebundenen CO₂-mengen aber



werden zur Zeit verpulvert bzw. freigesetzt. Wurden in der Vergangenheit z.B. Aufforstungen und Naturschutzmaßnahmen ohne gleichzeitige "Verwertung" im Markt durchgeführt, so wird es damit vorbei sein. Kein Wald wird mehr entstehen, ohne daß gleichzeitig auch daraus Emissionsrechte werden und der neue Wald an anderer Stelle mehr CO₂-Emissionen schafft. Die sog. Entwicklungsländer sind

an der ganzen Geschichte nicht direkt beteiligt. Sie können ihre CO₂-Ausstöße beliebig erhöhen. Das würde noch verständlich sein angesichts dessen, daß ihre Ausstöße minimal sind gegenüber den Industrienationen. Schwierig ist, daß es keine weiteren Unterscheidungen gibt - der Freibrief also wahrscheinlich denen hilft, die massive Industrialisierungen in den sog. Entwicklungsländern durchsetzen wollen, also vor allem den "Schwellenländern" und den Konzernen, die in diesen Ländern investieren.

- ♣ Es wird in dieser Beziehung, die ja von Ungleichheit geprägt ist aufgrund der Verschuldungen und Abhängigkeiten, aber noch schlimmer: Durch Klimaschutzinvestitionen in sog. Entwicklungsmaßnahmen (CDM im Kyoto-Protokoll) können neue Emissionsrechte erworben werden. Will heißen: Nicht nur die sog. Entwicklungsländer können unbegrenzt mehr Treibhausgase emittieren, sondern auch die Industrienationen - sie müssen nur im Gegenwert Klimaschutzprojekte in armen Ländern durchführen. Ablaßhandel pur. Und die Gesamtmenge an Schadstoffausstößen wird steigen und steigen...

Mit dieser Auflistung fataler Wirkungen des Kyoto-Protokolls sind die wichtigsten Gründe genannt, warum diese Form des Klimaschutzes noch nicht einmal im Bereich des Klimaschutzes wirksam wird. Unabhängig davon aber führt das Kyoto-Protokoll zu weiteren Prozessen, die vor allem langfristig, aber dann umfassend wirksam werden. Mit dem Protokoll wird eine Vermarktungslogik von Luftverschmutzungsrechten eingeführt. Es ist zu erwarten, daß auch für sog. Entwicklungsländer in weiteren Phasen des Kyoto-Prozesses Obergrenzen definiert werden. Dann wird vollendet, was jetzt beginnt: Stück für Stück werden sich die Reichen die Emissionsrechte sichern - und damit nicht nur das Recht, Umwelt weiter zu zerstören, sondern auch die Chance, sich weiter zu industrialisieren. Die globale Ungerechtigkeit könnte steigen. Die Industrienationen verrechtlichen ihre Umweltzer-

Ware machen...

störung - Kyoto ist die rechtliche Absicherung des Weiterbetriebs der Verschmutzungsanlagen (und die Parallele zum Atom"konsens" unübersehbar). Die sog. Entwicklungsländer bekommen Klimaschutzprojekte, damit die Industrienationen weiter verschmutzen können - das Konzept der Funktionalisierung armer Länder als

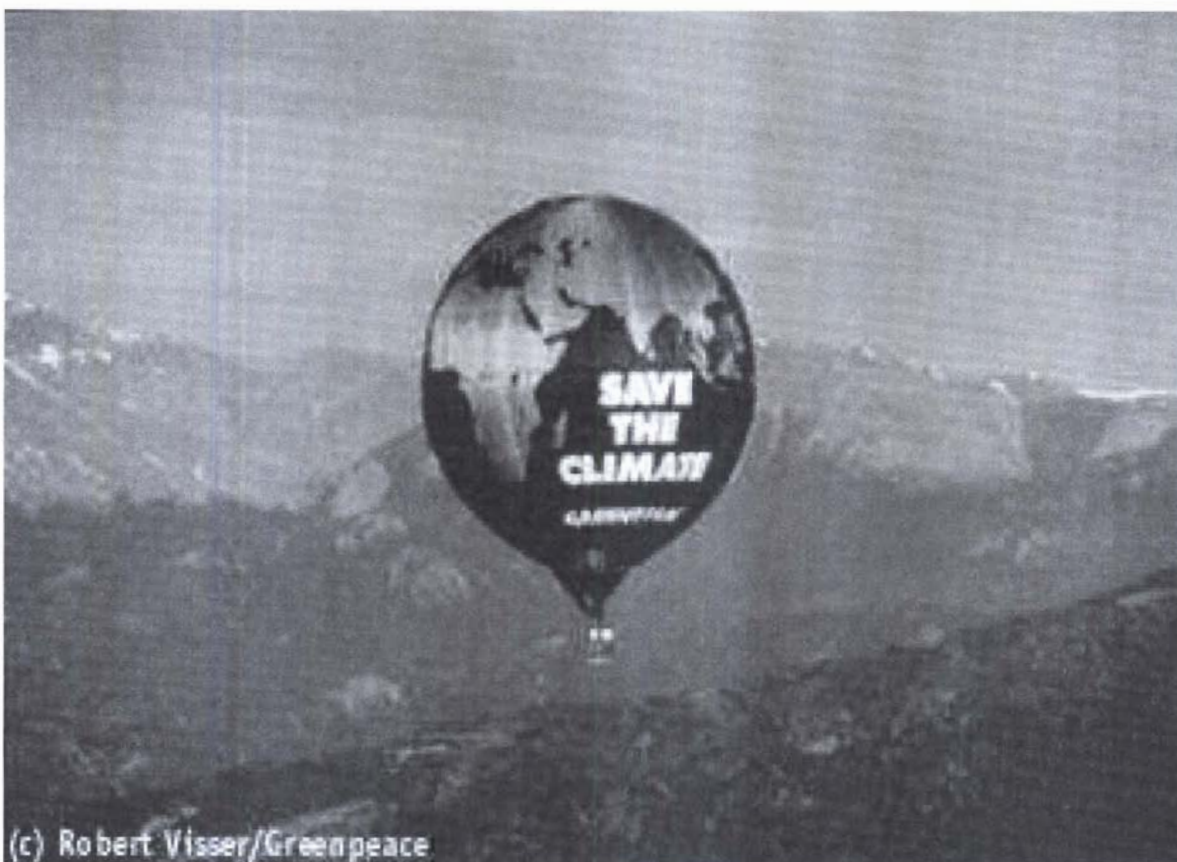
nötig.

Der Gegenentwurf zu Markt und Macht lautet: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs. Dieses zentrale Mittel eines emanzipatorischen Umweltschutzes bedeutet, daß weder allgemeingültige und von oben (Herrschaft) durchgesetzte

ungefragt anderen Menschen aufzubürden. Aus der Unmittelbarkeit aller Entscheidungen werden Menschen ihre Umwelt, die die eigene Lebensgrundlage darstellt, immer oder fast immer so erhalten, daß es für ein gutes Leben sinnvoll ist. Das wird auch im Sinne des Umweltschutzes sein - wenn auch als vielfältiger Flickenteppich unterschiedlicher

Lösungen, die von den Menschen gefunden wurden.

Schon der Zwischenschritt, ein direkt-demokratisches Mitbestimmungsrecht bei Flächen- und Rohstoffnutzung würde zu grundlegend veränderten Wirtschaftsformen führen, da niemand mehr über den Kopf der Menschen hinweg Flächen und Rohstoffe für sich sichern kann. Wer welche haben will, wird die Menschen gewinnen müssen - und das wird



(c) Robert Visser/Greenpeace

Grüne Lunge der industriellen Führungsnationen der Welt wird zementiert. Das Leben wird ein Stück mehr der Logik von Kaufen und Verkaufen, der Verwertung im Markt unterworfen.

Die Alternative: Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs

Marktwirtschaftliche Instrumente dehnen die Logik von Verwertung, von Kauf und Verkauf auf die betroffenen Bereiche aus. Sie stärken damit den Mechanismus, der eine der Hauptursachen der Umweltzerstörung ist. Noch nie konnten Umweltschutz und Menschenrechte über Herrschafts- und Marktmechanismen dauerhaft gestärkt werden. Alternativen also sind

Standards zum Umgang mit der Natur noch die Marktlogik gelten, sondern die Menschen in einem gleichberechtigten Prozeß die Nutzung ihrer Umwelt vereinbaren. Naturschutzflächen, die Form der Landwirtschaft und vieles mehr werden dann von Ort zu Ort zunächst in direkt-demokratischen Entscheidungen bestimmt. Langfristig sind Gesellschaftsverhältnisse vorstellbar, in denen alle Menschen gleiche Zugriffsmöglichkeiten auf Boden und Rohstoffe haben - durch gleichmäßig verteiltes Eigentum oder, der spannendere Entwurf, durch die Abschaffung von Eigentum in allen seinen Formen. Dann kommt es zu freien Vereinbarungen und Kooperativen zwischen den gleichberechtigten Menschen. In diesem Zustand gibt es keinen Zwang mehr zur Ausbeutung von Mensch und Natur - kein Drang zum Profit und keine Möglichkeit, über Herrschaft die Folgen des eigenen Handelns

schonende Methoden, Gegengeschäfte usw. nach sich ziehen ... zigmal wirksamer als Ökosteuern oder Zertifikate mit allen ihren gravierenden Nebenwirkungen.

Quelle: "Ö-Punkte"

Material: Zum Thema "Klimakonferenz - Profit statt Klimaschutz?" sind die neuen Ö-Punkte erschienen. Sie sind gegen 2 DM/Heft (plus einmalig 2 DM Porto) zu beziehen bei:
Ö-Punkte
Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen
Internet: <http://page.to/oe-punkte>
E-Mail: oe-punkte@gmx.de



„ANDERS LEBEN“ IN „SIEBEN LINDEN“

In Zeiten, wo sich jeder selbst der Nächste ist und Gewinnmaximierung auf Kosten der Umwelt auf der Tagesordnung steht, fragt sich mensch ja des öfteren, ob eine Alternative, ob „Anders Leben“ überhaupt möglich ist. Um sich mit diesem Thema etwas intensiver auseinander zusetzen organisierte der [solid]-Landesverband Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit NAJU vom 23.-27.4. eine „Anders leben“-Woche im Ökodorf „Sieben Linden“. In dieser Siedlung in der Altmark, die seit 1997 existiert, leben um die 50-60 Leute nach streng ökologischen Kriterien. Das erstreckt sich von den Kompostklos über das Waschpulver bis hin zum Essen, bei dem ganz auf Fleisch verzichtet wird (zumindest in der Gemeinschaftsküche). Um das Haupthaus, dem sogenannten Regionalzentrum, gruppieren sich die einzelnen Nachbarschaften, in die sich die Dorfgemeinschaft nochmals unterteilt und in denen die Menschen noch

größtenteils in Bauwagen leben. Jedenfalls konnten wir eine Woche am Leben und Arbeiten der Dorfgemeinschaft teilnehmen. So findet Dienstags beispielsweise die Minga statt, ein aus Südamerika stammendes Ritual, bei dem die Menschen gemeinsam irgend etwas für die Allgemeinheit arbeiten. Weiterhin halfen wir beim Bau des Strohhauses, bei der Arbeit im Garten oder sammelten Kräuter. In der Küche, wo wir auch öfter halfen, wurden diese anschließend verarbeitet und den leckeren Gerichte beigemischt. Auch das Aufbauen einer Jurte, einem typisch mongolischen Zelt und das Filzen sogenannter Nudelaugen, denen eine positive Wirkung in Stress-situationen zugesprochen wird, machte den mitgeführten Leuten viel Spaß. Die politische Bildung kam in dieser Woche nicht zu kurz: Eine Bewohnerin des Dorfes, die eine enge Beziehung zur kurdischen Befreiungsbewegung hat, lud

kurdische Freunde ein, die von der Geschichte und Kultur ihres Volkes, aber auch von den gegenwärtigen Grausamkeiten, die ihnen in der Türkei widerfahren, erzählten. Auch auf die politisch eher Uninteressierten hinterließ dieser Abend einen starken Eindruck. Alles in allem war diese Woche verdammt interessant und mensch hat doch feststellen können, dass auch noch eine Lebensgestaltung jenseits des Mainstream möglich ist.

PS für Interessierte: Es finden übers ganze Jahr verteilt diverse Seminare, Kurse und Vorträge im Ökodorf statt. Zudem besteht die Möglichkeit im Dorf ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) zu absolvieren.
Nähere Informationen:
Ökodorf „Sieben Linden“ 38486 Poppau
Tel: 039000-51235
E-Mail: verein@oekodorf7linden.de
Homepage: www.oekodorf7linden.de

Aufruf zur Unterschriftensammlung für eine angemessene Haftpflicht von AKW-Betreibern

Unter <http://www.ippnw.de> ist eine Unterschriftenliste zum Download für eine Erhöhung der Haftpflicht von AKW-Betreibern entsprechend den seit dem Tschernobyl-GAU recht genau bestimm- baren Schäden im Falle eines GAUs in Mitteleuropa zu finden. Da die AKW-Betreiber durch den freien Strommarkt in unmittelbarer Konkurrenz zu den Betreibern regenerativer Energiequellen stehen, ist dies lediglich eine legitime Forderung nach gleichen Wettbewerbs- bedingungen. Wir, d.h. die an den Verein KiWi e.V. angegliederte KiWi GmbH haftet als Betreiber von Windkraftanlagen (WKA) für JEDEN Schaden, der durch

diese WKAs verursacht wird. Demgegenüber haften AKW-Betreiber nur für einen Bruchteil der Schäden, die im Falle eines GAUs auftreten würden, sind also in völlig unzulässiger Weise unterversichert. Dies ist auch nach der Verzehnfachung der Deckungsvorsorge auf nunmehr 5 Mrd. DM noch der Fall. Ein GAU würde in Mitteleuropa Schäden von ca. 10 Bill. DM (10.000.000.000.000,-) verursachen, eine Summe, die kein Land Europas aufbringen könnte. Aus diesem Grund kommt bekanntlich keine Ver- sicherung für Schäden durch Atomkraft auf und schließt jegliche Haftung dafür im Kleingedruckten aus.

Aus diesem Grunde bitten wir um rege Beteiligung an der Unterschriften- sammlung. Diese finden sie, wie gesagt, unter <http://www.ippnw.de> zum Down- loaden als *.pdf-Datei (in Farbe) oder sie nutzen den Abdruck auf den folgenden Seiten (nur schwarz-weiß). Bei Fragen wenden sie sich bitte an Greenkids Magdeburg e.V. oder an: Christoph Maercker amt. Geschäftsführer KiWi e.V. [http://www.med.uni-magdeburg. de/~maercker/kiwi99.html](http://www.med.uni-magdeburg.de/~maercker/kiwi99.html)

Ich
will
Abo
!!!

Ich abonniere ab sofort das „grüne blatt“ für ein Jahr!

Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (7,-DM/Jahr) 10 Exemplare (20,- DM/Jahr)

Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schickt das grüne blatt bitte an:

Name _____ Anschrift _____

grünes blatt

Ausschneiden und ab an: grünes blatt, c/o Greenkids Magdeburg e.V., Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg



Sofort volle Haftpflichtversicherung für die deutschen Atomkraftwerke!



IPPNW

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

Neue **NRV** Richtervereinigung



Bund Naturschutz in Bayern e.V.



Wer trägt das Risiko eines Atomunfalls? – Sie!

Bei einem Atomunfall ist Ihre Gesundheit in höchstem Maße gefährdet. Weil die Betreibergesellschaften absolut unzureichend gegen eine Atomkatastrophe versichert sind, tragen Sie als Bürger dieses Landes auch das volle wirtschaftliche Risiko für alle Folgeschäden selbst:

- Verstrahlung und Verlust von Hab und Gut, von Ihrer Wohnung, von Haus und Grundbesitz
- Untergang von Betrieben, Verlust Ihres Arbeitsplatzes
- Ganze Regionen werden unbewohnbar



extrem unterversichert

Der Gesetzgeber verlangt für den Fall einer Katastrophe in einem Atomkraftwerk lediglich eine Schadensdeckung bis zu 1 Milliarde DM. Aber dieser Betrag deckt **weniger als 0,1%** der möglichen Sach- und Vermögensschäden ab. Die Betreiber sind also gegen einen Großschaden total unterversichert und gehen im Fall einer Atomkatastrophe sofort in Konkurs.

- **Das volle Risiko eines Atomunfalls tragen Sie, nicht der Betreiber des Atomkraftwerks**

Dass Menschen und deutsche Spitzentechnologie versagen können, hat auch die ICE-Katastrophe von Eschede gezeigt. Für jedes Auto und jeden Betrieb müssen mögliche Sach- und Personenschäden durch eine Haftpflichtversicherung voll abgedeckt werden. Warum gilt das nicht für Atomkraftwerke?



voll haftpflichtversichert

Wie groß das Risiko tatsächlich ist, weiß man seit der Tschernobyl-Katastrophe: Die Fläche dauerhafter Evakuierung kann **10.000 Quadratkilometer** groß sein und mehr als 200 Kilometer weit reichen. Bei der dichten Besiedlung unseres Landes sind dann mehrere Millionen Bürger betroffen; sogar die notwendige ärztliche Versorgung wäre ungewiss.

- **Deshalb richten wir an den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung die Forderung, unverzüglich als Risikovorsorge für den Betrieb von Atomkraftwerken eine Betriebshaftpflichtversicherung mit ausreichender Deckung für alle Gesundheits-, Sach- und Vermögensschäden vorzuschreiben.**



Tschernobyl 1986

	Name	Anschrift	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			

IPPNW-Ärzte
 Geschäftsstelle
 Körtstraße 10
 10967 Berlin

ANTWORT

Bitte falzen, in DIN-lang Fensterhülle stecken,
 Briefmarke drauf und ab an die IPPNW

Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte
 für die Verhütung des Atomkrieges
 Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
 Körtstraße 10, 10967 Berlin
 Telefon 030/693 02 44, Fax 030/693 81 66
 e-mail: ippnw@ippnw.de
www.ippnw.de



www.atomhaftpflicht.de
 Spendenkonto
 IPPNW
 Konto 812 40 00, BLZ 100 400 00
 Berliner Commerzbank

6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17			
18			
19			
20			

Name Anschrift Unterschrift

Indymedia - Widerstand in der Informationsgesellschaft

1. Erstens

Wie kann ein emanzipatorischer Mediengebrauch aussehen, der die Definitionsmacht der kommerziellen Massenmedien sprengt? Was ist das Neue an Indymedia und wieso ist es ein so grandioses Mittel des Widerstands in der "Informationsgesellschaft"?

2. Wieso eigentlich "Informationsgesellschaft"?

"Informationsgesellschaft" bedeutet nicht, dass die Gegensätze der Industriegesellschaft aufgehoben wären. Und sie bedeutet auch nicht, wie von vielen Postmodernisten kolportiert, dass sich unsere Realität auflöst und alle unsere Erfahrungen nur noch virtuell sind. Wer hungert oder unter Diskriminierung leidet, wer im Knast sitzt oder in ständiger Angst vor Nato-Bomben lebt - dessen Leiden ist real.

"Informationsgesellschaft" bedeutet, dass immer größere Bereiche der gesellschaftlichen Produktion keine greifbaren Dinge mehr herstellt, sondern Werte wie Wissen, Technologie, Image, Know How, Verfahren etc. Vor allem aber bedeutet sie, dass immer größere Teile unserer Wahrnehmung nicht von direkter Beobachtung abgedeckt werden, sondern durch Massenmedien und andere Kommunikationsprothesen ersetzt werden. Unser Wissen von der Welt ist von Massenmedien transportiert. Egal ob es um Subcommandante Marcos oder Babsi Becker, ob es um das Weisse Haus oder eine Bambushütte auf der Insel Jolo geht: ohne Massenmedien wüssten wir nichts davon.

Dass die reicheren Länder der Erde tatsächlich als "Informationsgesellschaft" beschrieben werden können, zeigt schon ein Blick auf den geschichtliche Wandel der Aktionsziele von Aufständen (unabhängig davon, ob sie den Staat von links oder rechts angriffen): Für bürgerliche Revolutionäre war es noch sinnvoll, Theater, Gefängnisse und Universitäten zu besetzen. Später, unter den Bedingungen des Industriekapitalismus, konzentrierten sich Aufständische (proletarische wie reaktionäre und faschistische) auf Bahnhöfe, Fabriken, Telegrafämter. Heute kennen Umsturzversuche neben dem Parlament fast nur noch ein Zentrum: die Fernsehstation. In den postsozialistischen Auseinandersetzungen (Wilnius, Moskau 1993, Belgrad) wurde um die Fernsehstation fast erbitterter gekämpft als um die offizielle Machtzentrale. Dieser Wandel in den Angriffszielen zeigt deutlich, wie sich der Machtfokus in dieser Zeit verschoben hat, und wie die Informationsmacht zu einer zentralen Instanz in einem modernen Staat geworden ist.

Wenn eine emanzipatorische Bewegung das

Bewußtsein der Bevölkerung erreichen will, so muss sie die Mechanismen dieser "Informationsgesellschaft" analysieren und angreifen.

3. Wie funktionieren Massenmedien und wie ihr emanzipatorischer Gebrauch?

Moderne kapitalistische Massenmedien funktionieren nach einem einfachen Prinzip: Sie produzieren Information und verkaufen sie dann. Der Wert einer Information bemisst sich also nicht an ihrem Gehalt an Wahrheit sondern an ihrem Marktwert. Der Marktwert aber bemisst sich an vielerlei Kriterien, von



denen einige auch von dem System der Massenmedien selbst erschaffen werden: Aktualität, Relevanz für die Zielgruppe, Unterhaltungswert, "Wahrheit", das Vorhandensein von "schönen Bildern" um die Nachricht zu illustrieren, die Eingebundenheit in einen zuvor konstruierten Themenkomplex etc. Sicherlich gibt es auch Momente, in denen gezielt Informationen im Interesse der Mächtigen gestreut und andere unterdrückt werden, aber mit Propagandakategorien ist das Funktionsprinzip der Massenmedien nicht zu fassen.

Durch die Auswahl und Formulierung von Nachrichten aufgrund ihrer kommerziellen Verwertbarkeit kommt es zu eigenartigen Gewichtungen, denen ein emanzipatorischer Mediengebrauch entgegenzutreten muss. So werden zum Beispiel Kriege und Befreiungsbewegungen jahrelang übergangen um dann plötzlich zu einem Modethema zu werden. Journalisten fallen ins örtliche Hilton ein, legen einen betroffenen Gesichtsausdruck an und berichten der Welt - und nach zwei Monaten ist die Sache abgegessen, die Region versinkt wieder in der Bedeutungslosigkeit, der Krieg geht weiter. Das gleiche gilt für innerstaatliche Modethemen - dies können durchaus wichtige Kampagnen sein, wie zum

Beispiel die mediale Anti-Nazi-Welle im letzten Sommer, aber **auch** erreaktionäre, wie die modische Ausländerhetze der Medien Anfang der Neunziger. Nach kommerziellen Prinzipien funktionierten beide.

Emanzipatorischer Mediengebrauch muss diese Modeberichterstattung hinter sich lassen. Wenn ein Hungerstreik für kommerzielle Medien nach 10 Tagen unwichtig wird, weil nichts Neues mehr passiert, so wird er für emanzipatorische Medien mit jedem Tag wichtiger, gerade weil nichts passiert.

Ein weiteres Charakteristikum der modernen Massenmedien ist die Fixierung auf Personen (ein Phänomen was sich teilweise aus wahrnehmungspsychologischen Kategorien ableiten lässt: Abstrakte Konzepte lassen sich leichter transportieren, wenn man sie mit Gesichtern und Namen verbindet): Dadurch wird Politik auf die Handlungen exponierter Einzelpersonen reduziert, und der Blick auf die, deren Interessen sie vertreten, verstellt. Ins Perverse gerät die Fixierung auf Personen in dem Prominentenkult der Massenmedien. Emanzipatorischer Mediengebrauch muss diese Personenfixierung durchbrechen und jedem einzelnen sein Recht auf mediale Reproduktion zuerkennen, wo sie wichtig ist. Die Aktivistin, die als eine von 200 festgenommen wird, ist nicht weniger wichtig als der Innensenator himself.

4. Wo steht Indymedia?

Für eine emanzipatorische Bewegung gibt es verschiedene Möglichkeiten, der Definitionsmacht der modernen Massenmedien zu begegnen. Eine Möglichkeit ist es, gezielt Bilder zu produzieren, den Widerstand zu inszenieren. Besonders in der „Antiglobalisierungsbewegung“ wurden hier große Fortschritte erzielt, phantasievolle Aktionsformen schufen mächtige Bilder, die von den kommerziellen Medien mit Eifer übernommen wurden. Eine andere Möglichkeit ist es, selber die Kanäle zu besetzen. Diese Strategie verfolgen linke Zeitungen, freie Radios, Videogruppen und das weltweite Indymedia-Netzwerk. Bei diesen Gruppen werden Nachrichten nicht nach ihrer kommerziellen Verwertung ausgesucht, sondern hier stellen die AktivistInnen selber ihre Darstellung der Ereignisse her. Bei diesen Gruppen muss die Aktivistin nicht abends durch die Programme zappen, hoffend, dass ihre Aktion den kommerziellen Kriterien der bürgerlichen Medien entsprochen hat. Und sie muss auch nicht fürchten, dass diese durch die ideologische Position des Redakteurs, des Senders oder des Konzerns verzerrt dargestellt wird.

Diese Gruppen und ihre Vorgängerinnen haben sich der modernen Massenmedien bemächtigt, sobald sie erschwänglich wurden.

<http://de.indymedia.org/>

Zuerst des Flugblatts, dann der Zeitung, der Fotografie, später des Radios und der Videotechnik. Heute hat die rasante technische Entwicklung den AktivistInnen das Internet in die Hand gespielt. Mit dieser technischen Neuerung kann der Widerstand eine neue Qualität gewinnen. Die gemeinsame Utopie einer gerechteren und unhierarchisch organisierten Gesellschaft kann heute in den Prozessen einer massenhaften Nachrichtenproduktion abgebildet werden. Darin besteht der revolutionäre Gedanke von Indymedia.

5. Die traurige Geschichte der Medienutopien

Die Vision ist nicht neu. Eine kleine Geschichte von Medienutopien, die ähnliches wollten, sieht vielleicht so aus: In den sowjetischen Montagefilmen der Zwanziger Jahre entdeckte Walter Benjamin eine radikale Neuerung: Es gab in diesen Filmen keine klassischen "Helden", jedes einzelne Mitglied des Kollektivs konnte in diesen Filmen sein Recht auf Reproduziertwerden beanspruchen, sei es in seinem Arbeitsumfeld, sei es beim revolutionären Kampf. So müssten Filme in einer Gesellschaft aussehen, in der die Produktionsmittel in Hand der revolutionäre Massen seien. Gleichzeitig interessierte sich Bertolt Brecht für das noch jüngere Medium des Radios. Er befand es für einseitig, im wahrsten Sinne, und stellte folgende Forderung:

"Der Rundfunk ist aus einem Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln. Der Rundfunk wäre der denkbar großartigste Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens, ein öffentliches Kanalsystem, das heißt, er wäre es, wenn er es verstünde, nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zusetzen."

Diese beiden Visionen, das Recht auf Reproduzierbarkeit jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft und die Verwandlung des Radios in einen Kommunikationsapparat sind heute Wirklichkeit geworden. Es besteht kein struktureller Unterschied mehr zwischen dem Computer, der eine Information produziert, und einem Computer, der diese Information empfängt. Die eindeutige Sender-Empfänger-Relation, die in den bisherigen Instrumenten Schreibmaschine - Zeitung, Mikrophon - Radio, Kamera - Fernseher bestanden, sind aufgehoben. Doch wer nun denkt, wir würden damit automatisch in einer besseren Gesellschaft landen, hat sich geschnitten. Die Medienvisionäre, die ihre hohen Erwartungen an das Internet knüpften, die 68er, die die "proletarische Öffentlichkeit" (Kluge/Neght) und einen "emanzipatorischen Mediengebrauch" von den neuen Medien erwarteten hatten (Enzensberger, aus dessen „Baukasten einer

Theorie der Medien" sich dieser Text übrigens bedient), sitzen in der Ecke und schmolzen. Der Grund dafür ist, dass sich die neuen Medien unter kommerziellen Bedingungen entwickelt haben, und der kapitalistische Medienbetrieb ein mächtiger und flexibler Mechanismus ist, der ohne Probleme potentiell emanzipatorische Medien vereinnahmen kann.

Jeder Mensch hat heute ein Recht auf seine technische Reproduzierbarkeit. In Talk-Shows werden "ganz normale" Menschen präsentiert, ihr Normalsein stellt geradezu ihren Auswertungswert dar. Und trotzdem ist in diesen Sendungen nichts Emanzipatorisches. Das Klientel dieser Sendungen, meist aus Kleinbürgertum und Unterschicht rekrutiert, reproduziert hier unaufgefordert Klischees der Leistungsgesellschaft und hackt aufeinander rum, anstatt Fragen nach den Ursachen ihrer gemeinsamen Misere zu stellen.

Genauso ist heute der Unterschied zwischen Sender und Empfänger, zumindest für das Drittel der deutschen Bevölkerung mit Zugang zum Internet, potentiell aufgehoben. Durch den immer weiter verbreiteten Zugang zum Internet kann jeder seinen Beitrag - theoretisch - an ein Millionenpublikum richten. Und trotzdem ist am Internet wenig Emanzipatorisches. In seiner rasanten Verbreitung hat es lediglich die kapitalistischen Bedingungen der Gesellschaft in sich hineinkopiert, nach einer euphorischen Pionierphase wird es heute zum großen Teil von Konzernen dominiert. Indymedia muss sich mit diesem grandiosen Reiffall eines strukturell egalitären Mediums auseinandersetzen. Und Indymedia muss sich mit dem Problem auseinandersetzen, dass eine einfache Bereitstellung eines Netzwerks, bei dem jeder seine eigene Meinung publizieren kann, noch gar nichts mit einem emanzipatorischen Gebrauch zu tun hat. Diesem Trugschluss sind bereits die Medientheoretiker von 68 aufgesessen. Täglich wird sich Indymedia zwischen potentieller Beteiligung aller und Ausschluss reaktionärer Kräfte, zwischen potentiell unhierarchischer Nachrichtenpräsentation und informationeller Beliebigkeit positionieren müssen. Trotzdem glaubt Indymedia daran, dass es als Teil einer Bewegung, die eine gerechtere Gesellschaft fordert, wichtige Merkmale dieser Vision in sich abbilden kann. Dass es die emanzipatorischen Elemente, die im Medium Internet angelegt sind, herauskitzeln kann. Und schließlich zeigt, dass eine solche Gesellschaft möglich ist.

6. Das ist Indymedia!

(Im Internet unter "http://de.indymedia.org") Mit folgenden Merkmalen, läßt sich der emanzipatorische Mediengebrauch von Indymedia beschreiben:

- ◆ Indymedia arbeitet nicht zentral gesteuert, sondern dezentral und autonom und ist somit schwerer

angreifbar und weniger anfällig für die Herausbildung einer Hierarchie von Führung und Basis. Die modernen Medien machen eine feingliedrige Organisation und massenhafte Produktion möglich, ohne auf Bürokraten oder "Manager" angewiesen zu sein. Damit lebt Indymedia Basisdemokratie.

- ◆ Indymedia kennt auch keine Hierarchie von Sender und Empfänger, Nachrichten werden nicht von Spezialisten akkumuliert und von einer Zentrale verstrahlt, sondern von den Menschen vor Ort produziert, die ihre Darstellung der Wahrheit publizieren. Jeder Empfänger ist potentieller Sender, bei massenhaftem Gebrauch ist damit die Definitionsmacht der bürgerlichen Massenmedien gebrochen und das einseitige Bild der Welt durch die Informationen von unten berichtigt.
- ◆ Anstatt eine Immobilisierung von isolierten KonsumentInnen zu betreiben, die sich abends im Lehnstuhl das Leid der Welt reinziehen, arbeitet Indymedia an einer Mobilisierung der Massen für eine gerechtere Welt. KonsumentInnen zu AktivistInnen zu ProduzentInnen!
- ◆ Ohne sich dem Aktualitätswahn der Tempogesellschaft anzuschließen, kann Indymedia doch eine zeitgenaue Berichterstattung liefern, wo es zur Mobilisierung sinnvoll ist - z.B. beim Castor-Transport.
- ◆ Indymedia kennt keine modischen Themen, nur wichtige. Wo Menschen ohne Lobby und ohne medial konstruierte "Wichtigkeit" von Repression betroffen sind, wird Indymedia zu ihrer einzigen Verbindung zu einer großen Öffentlichkeit.
- ◆ Weil die Infrastruktur von Indymedia von freiwilligen AktivistInnen aufrechterhalten wird, gibt es keine kommerziellen Auswahlkriterien für Nachrichten. Weil die Aktivistin vor Ort ihre Nachricht nicht verkaufen muss, kann sie die reine Wahrheit schreiben - so subjektiv sie sein mag.

7. Siebtens

In Zeiten der globalen Ausweitung der Kapitalmärkte muss sich Widerstand dagegen auf globaler Ebene organisieren. Das Nachrichtennetzwerk Indymedia ist ein wichtiges Werkzeug dieses Widerstands, da es mit der Definitionsmacht der kommerziellen Medien einen zentralen Machtbereich dieses Systems angreift. Gleichzeitig antizipiert es in seiner Produktionsstruktur die bessere Gesellschaft, für die es kämpft.

Termine, Veranstaltungen und Aktionen

Datum	Veranstaltung	Info bei
1. So. jedes Monats	Friedensweg durch die Colbitz-Letzlinger Heide	OFFENE HEIDE
29.06.2001	Greenkids-Treff um 19 ⁰⁰ Uhr im Büro	GK
30.06.2001	Exkursion in den Hochharz	NABU Naumburg
01.-03.07.2001	Ausbildungswerkstatt 1 zu "Zukunft wartet (nicht)!!" in Gernrode (Harz)	BUND
01.-04.07.2001	Naturfotographie - Seminar in Colbitz	NAJU
01.-08.07.2001	Kanucamp. Von Blumenthal bis "jotwiedee"	NAJU Burg
03.-05.07.2001	Ausbildungswerkstatt 2 zu "Zukunft wartet (nicht)!!" in Gernrode (Harz)	BUND
09.07.2001	10. AntiCastorKoo-Treffen um 19 ⁰⁰ Uhr im BUND-Seminarraum	AntiCastorMD
15.-29.07.2001	Widerstandscamp gegen Atommüll-Endlagerung in Bure (Frankreich)	BI Bure
16.-29.07.2001	Internationales Jugendlager. Wir bauen eine mittelalterliche Wohnanlage	NAJU Burg
18.07.2001	NAJU Landesvorstandssitzung 11 ⁰⁰ -15 ⁰⁰ Uhr in der NAJU LGS	NAJU
24.-29.07.2001	"Korbflechten" Workcamp im SUZ Wittenberg	NAJU
25.-29.07.2001	Workcamp für Kinder. Korbflechten mit Weiden aus der Elbaue	NAJU Wittenberg
25.07.-05.08.2001	Demokul(t)tour (umweltfreundliche Verkehrspolitik & Lebensweise)	ADFC Thüringen
27.07.2001	Greenkids-Treff um 19 ⁰⁰ Uhr im Büro	GK
28.07.-05.08.2001	Wendland-Sommercamp	www.sommercamp-im-wendland.de
03.-05.08.2001	Seminar "Erlebnispädagogik" in Thale	NAJU
06.08.2001	Hiroshima-Tag. Aktion in Magdeburg	GK
11.08.2001	Tütentausch- und Bemalaktion von Greenkids und NAJU in Magdeburg	GK, NAJU
15.08.2001	NAJU Landesvorstandssitzung 11 ⁰⁰ -15 ⁰⁰ Uhr in der NAJU LGS	NAJU
24.08.2001	Greenkids-Treff um 19 ⁰⁰ Uhr im Büro	GK
07.-09.09.2001	Survival-Workshop "Überlebenstraining" in Blumenthal	NAJU
12.09.2001	NAJU Landesvorstandssitzung 11 ⁰⁰ -15 ⁰⁰ Uhr in der NAJU LGS	NAJU
21.09.2001	Greenkids-Mitgliederversammlung um 15 ³⁰ Uhr im Büro	GK
21.09.2001	Greenkids-Treff um 19 ⁰⁰ Uhr im Büro	GK
22.09.2001	Europaweiter Autofreier Tag	

Adressen

AntiCastorMD
 c/o BUND
 Olivenstedter Straße 10
 39108 Magdeburg
 Tel.: 01 73/9 71 42 70
 E-Mail: AntiCastorMD@gmx.de
<http://AntiCastorMD.multi.servers.com>

BI OFFENE HEIDE:
 Bürgerinitiative OFFENE HEIDE
 Helmut Adolf
 Vor der Teufelsküche 12
 39340 Haldensleben
 Tel.: 03 904/4 25 95
 Fax: 03 904/46 49 33

BUJU:
 BUNDjugend Sachsen-Anhalt
 Landesgeschäftsstelle
 Olivenstedter Straße 10
 39108 Magdeburg
 Tel.: 03 91/5 44 09 78
 Fax: 03 91/5 41 52 69

BUND:
 Bund für Umwelt und Naturschutz Sachsen-Anhalt e.V.
 Landesgeschäftsstelle
 Olivenstedter Straße 10
 39108 Magdeburg
 Tel.: 03 91/54 33 361
 Fax: 03 91/54 15 270
 E-Mail:
bund.sachsen-anhalt@bund.net

Greenkids:
 Greenkids Magdeburg e.V.
 Postfach 32 01 19
 39040 Magdeburg
 Hausanschrift:
 Olivenstedter Straße 10
 39108 Magdeburg
 Tel.: 03 91/54 33 861
 Fax: 03 91/54 33 861
 E-Mail: mail@greenkids.de
www.greenkids.de

jdjl:
 JungdemokratInnen/Junge Linke
 Sachsen-Anhalt
 c/o IVVdN
 Ebendorfer Straße 3
 39108 Magdeburg
 E-Mail:
Isa@jungsdemokratinnen.de

NABU:
 Naturschutzbund Sachsen-Anhalt e.V.
 Landesgeschäftsstelle
 Schleinufer 18a
 39104 Magdeburg
 Tel.: 03 91/56 19 350
 Fax: 03 91/56 19 349
 E-Mail: mail@nabu-isa.de
www.nabu-isa.de

NAJU:
 Naturschutzjugend im NABU
 Sachsen-Anhalt
 Landesgeschäftsstelle
 Schleinufer 18a

39104 Magdeburg
 Tel.: 03 91/54 37 37 5
 Fax: 03 91/56 19 349
 E-Mail: mail@naju-isa.de
www.naju-isa.de

ÖZIM:
 Ökozentrum und -institut
 Magdeburg e.V.
 Harsdorfer Straße 49
 39110 Magdeburg
 Tel.: 03 91/7 31 59-80
 Fax: 03 91/7 31 59-82
 E-Mail:
oezim@young-world.com
www.oezim.here.de

[solid]:
 [solid] Sachsen-Anhalt e.V.
 Friedrich-Ebert-Str. 22
 06366 Köthen
 Tel.: 0 39 20-66 88 44
 Fax.: 0 39 20-66 88 44
 E-Mail: solid-san@solid-san.de
www.solid-san.de

Erlebnisbericht: Blockade des Castortransportes Neckarwestheim --> La Hague

Zunächst vorweggenommen: Es war eine durchaus erfolgreiche und ermutigende Aktion!

Vorangegangen waren SprecherInnenräte, die teilweise leider etwas zu viel Zeit beanspruchten und wegen einer aufkommenden Diskussion über Gewalt auszuarten drohten. Es wurde sich aber trotzdem auf Zeit und Art der Aktion geeinigt sowie drei Gruppen gebildet, die später an verschiedenen Stellen zeitgleich auf die Straße stürmen sollten.

Wenige Stunden nach Mitternacht brachen wir dann alle gemeinsam auf, um rechtzeitig vor Sonnenaufgang auf der Straße zu sein. Die Führung übernahm ein Organisationskomitee, dessen Mitglieder als einzige den Weg kannten, denen aber alle anderen über die SprecherInnenräte ihr Vertrauen ausgesprochen hatten. Es ging vorbei an den Polizisten, die unser Camp "bewachten" ("Tschüss Jungs") und verschlafen und verdutzt aus ihren Autos ausstiegen, als wir schon zur Hälfte in einem Weinberg waren. Durch den Weinberg ging es durch und dann weiter am Stadtrand entlang, über Wiesen zunächst auf einen Acker.

Während des ganzen Weges entdeckten uns immer wieder Polizeiautos (aber immer zu spät) und nach einer Weile gesellte sich ein Polizeihubschrauber zu uns. Auf dem Acker angekommen wurde erstmal eine ganze Weile gewartet, da es doch noch zu früh war. Immer waren Polizeiautos in einiger Entfernung auszumachen und über uns kreiste ständig der Hubschrauber.

Als dieser sich aber (wohl zum tanken) zurückzog, brachen wir wieder auf. Zunächst einen Berg hinunter, mit einem erneuten, dieses mal aber wesentlich kürzeren Halt. Danach weiter über eine Straße, die trotz ihrer Nähe zur Kraftwerksstraße erstaunlicherweise weit und breit polizeilos war. Erst als schon ein Großteil von uns auf der anderen Seite der Straße war und begann die dortige Böschung (die bewaldet war, was das ganze etwas schwieriger machte) hinunter zu klettern bzw. rutschen, hörten wir auf der Straße eine Polizei-Sirene und sahen ein Blaulicht aufblitzen. Am Fuß der Böschung sammelten sich alle noch einmal kurz und teilten sich dann, wie vorher vereinbart worden war, in die drei Flügel auf. Einer sollte nach links, einer gerade aus und einer nach rechts auf die Straße stürmen. Alle folgten jeweils einem großen X.

Von der Böschung waren es noch etwa 200 Meter bis zur

Straße. Jetzt erst bemerkten wir auch zum ersten Mal ernsthafte Polizeipräsenz. Drei Scheinwerfer wurden auf uns gerichtet, wobei durchaus zu bezweifeln ist, ob diese nicht mehr uns über das Feld geleuchtet haben, als der Polizei zu helfen. Außerdem wurde die Dunkelheit durch das aufblitzen vieler Blaulichter durchzuckt. Eine Spannung erzeugende Stimmung. Wir begannen zu rennen. Alle rannten auf die Straße zu, wo in kleinen Abständen Polizisten standen. Die waren aber eindeutig in der Unterzahl und versuchten deshalb vergeblich mit verzweifelten Rufen wie "Halt", "Zurück" und quergehaltenen Schlagstöcken uns aufzuhalten. Im Eifer des Gefechts rannten wir aber zuerst über die Straße hinaus, um aber gleich darauf wieder auf diese zurückzukehren und es uns dort gemütlich zu machen.

Alle drei Flügel hatten es geschafft und setzten sich nun gemeinsam hin und begannen Lieder zu singen. Die Polizei holte Verstärkung heran um uns einzukesseln. Aber auch die Presse war schnell da und sicherte uns so zum einen mildere Umgangsformen von Seiten der Polizei und aber natürlich auch Medienwirksamkeit.

So saßen wir eine ganze Weile, aßen, tranken, (einige boten auch den Polizisten etwas an) und sangen. Langsam ging die Sonne auf, bis es richtig hell war. Irgendwann kam dann der Einsatzleiter mit neuen Polizisten, die nach drei Aufforderungen die Straße zu verlassen begannen zu räumen. Die neuen Polizisten waren wohl geholt worden, weil die anderen hätten ja aufgrund aufgebauter Sympathien uns gegenüber zu nett sein können. Aufgrund der nicht allzu hohen Demonstranzenzahl begnügte sich die Polizei aber mit wegtragen und unterließ den Einsatz von Schlagstöcken, was aber nicht heißt, dass die Polizisten nicht auch beiweilen recht brutal zugriffen. Es wurden also alle geräumt, von allen die Personalien aufgenommen und die meisten derjenigen, die nicht freiwillig gegangen waren, in gewahrsam genommen und in Gefangenentransportern abtransportiert. Leider schafften es die noch freien Demonstranten nicht mehr, eine erneute Blockade zu ermöglichen. Doch trotzdem war es für alle Teilnehmenden mit Sicherheit ein ermutigendes und teilweise auch nettes Erlebnis. Unangenehm war wohl nur für die Ingewahrsamgenommenen die Zeit in den Gefangenentransportern. Doch auch die ging vorbei und alle kamen recht schnell wieder frei.